

Parlamentarische Anfrage Bürgernetzwerk Viernheim

Präambel: Das Bürgernetzwerk sieht eigentlich die Verwaltung in der Verantwortung für Einsparvorschläge, die dann durch das Parlament politisch bewertet und beschlossen werden. Die Verantwortung für das Finden von Einsparpotenzialen hat sich aber offenbar auf das Parlament verschoben. Um der Verantwortung gerecht werden zu können, sind umfassende Informationen notwendig.

Die Länge der Liste könnte den Eindruck eines hohen Erhebungsaufwandes machen. Die Verwaltungsspitze betont bei vielen Möglichkeiten, die starke Digitalisierung der Verwaltung. Insofern gehen wir davon aus, dass die Zahlen einfach aus den Systemen zu ziehen sein sollten. Zudem sollten Zahlen - zum Beispiel zum Energieverbrauch der Gebäude - aus weiteren Berichten vorliegen, wie beispielsweise zu den Erfolgen des Brundtlandbüros. Damit sollte die Stadt gut aufgestellt sein, die Zahlen schnell nennen zu können.

Zu den Fragen:

1. Welche Grundstücke im Stadtgebiet/außerhalb des Stadtgebiets befinden sich im Eigentum der Stadt Viernheim? Wie werden diese jeweils genutzt? (mit Angabe Adresse und Flurstücknummer)
2. Welche Immobilien im Stadtgebiet/außerhalb des Stadtgebiets befinden sich im Eigentum der Stadt Viernheim? Wie werden diese genutzt? (mit Angabe Adresse)
3. Welche Sanierungen und Instandhaltungen stehen bei den stadteigenen Immobilien in den nächsten 10 - 20 Jahren an? Bericht über den Zustand der städtischen Immobilien.
4. Welche Kosten für Sanierungen und Instandhaltungen sind in den letzten 10 Jahren für jede einzelne der städtischen Immobilien angefallen?
5. Wie viele Einnahmen werden ggf. über die eigenen Immobilien erzielt?
6. Auf welchem Energiestandard befinden sich jede einzelne der städtischen Immobilien? Wie hoch ist der Energieverbrauch pro Quadratmeter (Heizen und Warmwasser) jeweils?
7. Wie hoch sind jeweils die jährlichen Betriebskosten der einzelnen Immobilien?
8. Welche weiteren Immobilien hat die Stadt Viernheim im Stadtgebiet/außerhalb des Stadtgebiets für ihre Zwecke noch angemietet? Welche Zwecke sind das? Wie hoch sind die Mieten jeweils? Wie hoch die auf die Stadt entfallenden Betriebskosten? Wie hoch eventuell weitere Kosten? Welche Laufzeiten haben die Mietverträge jeweils?
9. Mit welcher Entwicklung wird für 2026 bei den Löhnen und Gehältern in der Stadtverwaltung gerechnet? Sind diese Steigerungen im Haushalt 2026 bereits abgebildet? Sieht die Verwaltung die Annahmen als realistisch an? Sind Sicherheitsaufschläge eingerechnet? Oder müsste ggf. mit "Überraschungen" gerechnet werden?
10. Welche weiteren finanziellen Verpflichtungen durch die Gesetzgebung anderer erwartet die Stadtverwaltung zusätzlich zu denen im Haushalt 2026 abgebildeten? Welche bereits für die Folgejahre?
11. **Straßen:** Der ZAKB hat vor einigen Monaten bekannt gegeben, dass sie mit einer Kamera in ihren Autos sowie einer Auswertung durch KI den Zustand der Straßen im Gebiet des ZAKB bewerten lassen. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind nach Auskunft des ZAKB sind nicht öffentlich. Wie ist der Zustand der Viernheimer Straßen bewertet worden? Welche Kosten für die Sanierung würden hier ggf. entstehen? Welches Risiko durch Haftungsklagen oder ähnliches sieht die Stadtverwaltung im Zustand dieser Straßen?
12. Was hat die Planung des Radschnellwegs bisher gekostet? Der Bau bzw. die Umsetzung des Radschnellwegs wurde ja - wie ausdrücklich betont - bislang noch nicht beschlossen. Wie hoch sind bisherige Kosten durch externe Beratung? Wie

hoch sind bisherige Kosten durch externe Planung? Wie hoch sind die Kosten für eingesetzte eigene personelle Ressourcen? Werden diese Kosten bei einer etwaigen Umsetzung des Projektes durch Zuschüsse und Fördermittel seitens anderer Stellen übernommen oder bleiben diese an der Stadt Viernheim hängen? Werden die Kosten bei Nicht-Umsetzung von anderen Stellen übernommen?

13. Wie weit sind die Bemühungen um die globale Minderausgabe von 2 Prozent in 2026 gediehen, die Voraussetzung für die Genehmigung des Haushalts 2026 ist? (Um nicht nachfolgend monatlich die Informationsanfrage stellen zu müssen, bitten wir um einen Bericht in jeder Hufa-Sitzung.)
14. Der Erste Stadtrat berichtete auf den Besichtigungen des Tiefpumpwerks von hohen Ausgaben für den Erhalt des Tiefpumpwerks (Rückhaltebecken 500.000 Euro, Pumpen 1,4 Mio). Sind diese Ausgaben durch Rücklagen aus den Abwassergebühren “angespart” oder kommen diese zusätzlich auf die Bürgerinnen und Bürger zu?
15. Wie viel Geld ist in den vergangenen fünf Jahren für externe Berater und Planer ausgegeben worden? Was waren das für Projekte? Wie viele Ausgaben sind bereits für die kommenden Jahre geplant?
16. Wie viele Fördermittel wurden in den letzten 5 Jahren bezogen? Für welche Projekte? Ist gewährleistet, dass die Stadt an den für ihre eigenen Projekte relevanten Förderungen teilhat? Wie ist die “Bewirtschaftung” von Fördermitteln innerhalb der Verwaltung organisiert?
17. Die Verwaltungsspitze berichtet regelmäßig über die Fortschritte bei der Digitalisierung. Wie weit ist die Digitalisierung der internen Prozesse fortgeschritten? Welche Einsparungen konnten dadurch bisher realisiert werden? Wie hat sich das auf den Personalbestand und -bedarf ausgewirkt? Wie würde die Verwaltung den erreichten Digitalisierungsstand einschätzen? Wurde der digitale Reifegrad nach einem oder mehreren der bestehenden Modelle zur Einschätzung des digitalen Reifegrades bemessen? Wie sind die Ergebnisse daraus?
18. Was haben die Steine am Freigelände vor dem neuen Friedhof gekostet? Warum war das notwendig in Zeiten, in denen eine Grundsteuererhöhung droht, wenn man keine weiteren Einsparmöglichkeiten findet?
19. Was kostet das neue “Sitzbankkonzept” am Waldfriedhof? Wer hat es beschlossen (im Ratsinformationssystem konnte durch Eingabe des Suchbegriffs “Sitzbankkonzept” nichts gefunden werden)? Wozu ist es notwendig? Kommt das Geld aus dem städtischen Haushalt oder müssen die Kosten aus den ohnehin schon hohen Friedhofsgebühren getragen werden?
20. **Kreisumlage und Schulumlage:** Ein hoher Ausgabeposten im Haushalt ist die Kreis- und die Schulumlage. Wie hoch waren in den vergangenen fünf Jahren die Aufwendungen dafür? Was haben wir als Stadt dafür - vor allem bei der Kreisumlage - im Gegenzug erhalten? (Wir überlegen, die Frage ggf. auch an den Kreis zu stellen.)
21. Welche Kosten im Zusammenhang mit den Klagen gegen die Hochspannungsleitung sind entstanden? Prozesskosten, Anwaltskosten, Kosten der Gegenseite durch verlorenen Prozess, Kosten für interne Ressourcen?

Konnexitätsprinzip:

Bürgermeister und Erster Stadtrat sehen Bund und Land in der Verantwortung der finanziellen Schieflage der Stadt Viernheim und begründen das mit gesetzlichen Regelungen des Landes und des Bundes, für die diese nicht oder nicht vollständig aufkommen. Dabei dürften vor allem der rechtliche Anspruch auf einen Kitaplatz sowie die Beitragsfreiheit für Ü3-Kinder durchschlagen.

Das der Stadt nach dem Konnexitätsprinzip zustehende, aber von Land und Bund nicht bezahlte Geld, ist nach Aussage unseres Bürgermeisters und unseres Ersten Stadtrats für die unverschuldete Haushaltskatastrophe unserer Stadt verantwortlich. Damit bestünde die

Gefahr, dass die Stadt in Zukunft nicht mehr in der Lage ist, ihre verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung durchzuführen.

Unsere Fragen dazu:

22. Was hat die Verwaltungsspitze bisher unternommen, um sich hier zur Wehr zu setzen? Welche Aktionen sind dazu durchgeführt worden - ggf. auch mit anderen Stadtverwaltungen zusammen? Welche politischen Kontakte zum Land als auch zum Bund, in denen SPD und CDU jeweils zusammen regieren, sind dafür genutzt worden? Welchen Nutzen hat dabei die Nähe des Bürgermeisters zum Präsidium des hessischen Städte- und Gemeindetages gehabt? Welche öffentlichen Aktionen sind erfolgt? Welche öffentlichkeitswirksamen Aktionen sind erfolgt? Welche nachweisbaren Erfolge sind daraus entstanden? Welche Erfolge ggf. erkennbar?
23. Für die Beitragsfreiheit für Ü3-Kinder soll das Land gemäß diverser Veröffentlichungen knapp die Hälfte der dadurch entstehenden Mehrkosten bereits übernehmen. Wie hoch ist diese Hälfte, die das Land regelmäßig überweist und wie hoch der noch ausstehende Rest?
24. Auch beim Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz soll ein Teil der Kosten erstattet werden, aber keine vollständige Refinanzierung erfolgen. Wie hoch sind die Kosten für diese Regelung insgesamt? Welcher Betrag wird erstattet? Was kostet die Stadt Viernheim der verbleibende Teil?
25. Gibt es weiteren rechtliche Ansprüche von Land oder Bund an die Stadt - neben der Beitragsfreiheit für Ü3-Kinder und den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz -, die beim Klagen über die mangelhafte Übernahme der Kosten auf eigene Bestellungen eine Rolle spielen? Wie hoch sind diese jeweils belegbar zu beziffern? Welche Zuwendungen von Bund und Land stehen dem entgegen?
26. Es wird gerne der Vergleich mit den Kosten für Kitaplätze aus früheren Jahren herangezogen. Wie haben sich diese Kosten tatsächlich pro Kitaplatz/Krippenplatz seitdem entwickelt? Auf welche Kostentreiber ist das zurückzuführen? (Auswertungen der tariflichen Erhöhungen im gesamten TVöD seit 2016 belegen, dass Gehälter um zwischen 3,7 und 4,4 Prozent angehoben wurden. Das sind dann über den Zehnjahreszeitraum grob gerechnet 44,56 Prozent - allerdings über den gesamten TVöD betrachtet und nicht auf die Mitarbeiterinnen in den Kitas bezogen. Welche Kostentreiber gibt es zusätzlich?
27. Wie wäre die Kostenentwicklung bei den Kitaplätzen ohne die Regelungen durch Land und Bund verlaufen? Kommunalpolitisch wäre es vermutlich schwer zu vertreten, wenn in der heutigen Zeit nicht auch ohne Bund und Land für alle Kinder ein Kitaplatz zur Verfügung stehen würde. Daher dürften manche Kosten für die Stadt auch ohne die Regelungen durch Bund und Land entsprechen gestiegen sein.

Das Ziel dieses letzten Teils der Anfrage ist, zu bewerten, wie groß (im Sinne von Kosten) das durch Bund und Land verursachte Problem tatsächlich und realistisch ist. Es ist sicherlich ein Unterschied, wenn es am Ende 10 Mio Euro zusätzliche Kosten sind oder ob es nur ein sechsstelliger Betrag ist. Das könnte den Blick auf die Thematik verändern und auch die Notwendigkeit, sich hier vehementer und vor allem wirkungsvoller als bisher, dagegen zur Wehr zu setzen.

Wolfram Theymann
Bürgernetzwerk Viernheim